

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags

betreffend

Mentale Gesundheit in Oberösterreich strategisch stärken

Gemäß § 25 Abs. 7 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, den Rahmen für die Förderung der mentalen Gesundheit verschiedener Bevölkerungsgruppen ressortübergreifend durch insbesondere folgende strategische Ziele und entsprechende Maßnahmen weiter zu stärken:

1. Stärkung von Kindergärten und Schulen als zentrale Orte der Prävention für psychische Gesundheit, etwa durch Unterstützung und Schulung des pädagogischen Personals beim Erkennen und Vorbeugen psychischer Probleme und akuter Krisenfälle sowie die flächendeckende Umsetzung von "Starke Schule – Starke Gesellschaft" oder Schwerpunktaktionen und Impulse wie die "Mental Health Days".
2. Einsatz für eine smartphonefreie Kindheit etwa im Zuge der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, den Gemeinden als Kindergartenträger und anderen Stellen, der Bildungsdirektion, der Kinder- und Jugendhilfe etc. sowie im Zuge ihrer politischen Kommunikation.
3. Entwicklung, Förderung und Verbesserung von Maßnahmen gegen Einsamkeit im Alter, insbesondere durch die verstärkte Förderung neuer Wohnformen wie Generationenwohnen und betreute Senioren-WGs sowie durch die Unterstützung wirksamer Initiativen für Gemeinschaft und soziale Beziehungen im Alter.
4. Ausbau von niederschweligen psychosozialen Beratungs- und Unterstützungsangeboten, insbesondere in damit schwächer abgedeckten ländlichen Regionen, etwa durch international bewährte Online-Tools, die Stärkung der wohnortnahen Versorgung sowie durch Bewusstseinsbildung zu bestehenden Angeboten.
5. Reduktion der langen Wartezeiten in der psychologischen, psychiatrischen und psychotherapeutischen Diagnostik und Versorgung, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Begründung

Mentale Gesundheit ist die Grundlage für ein gutes Leben des Einzelnen und den Erfolg unserer Gesellschaft. Sie verdient dieselbe politische Aufmerksamkeit wie die physische Gesundheit – und ist untrennbar mit ihr verbunden. Sie ist nicht nur eine individuelle und private Aufgabe, sondern liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse und überall dort in öffentlicher Verantwortung, wo die öffentliche Hand ihren Rahmen gestaltet.

Dies zeigt sich eindeutig in Krabbelstuben, Kindergärten und Schulen. Häufig ist es das pädagogische Personal, das mit Herausforderungen der mentalen Gesundheit und psychischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen konfrontiert ist. Offensichtlich ist es im höchsten gesellschaftlichen Interesse, dass dieses Personal, Kinder und Jugendliche selbst und deren Familien im Erkennen, Umgang und Vorbeugen gestärkt sind. Zahlreiche Maßnahmen und Ansätze sind bereits vorhanden, werden aktuell umgesetzt oder stehen als weitere Möglichkeiten offen.

Das menscheitsgeschichtlich rezente Phänomen der exzessiven Smartphone- bzw. Mediennutzung und ihre enormen Auswirkungen auf die mentale Gesundheit und psychische Entwicklung betreffen Kinder und Jugendliche besonders. Sie liegen zu weiten Teilen in privater Verantwortung, müssen aber in Bildungseinrichtungen, im Zuge der Bewusstseinsbildung und bei der Schaffung analoger Freizeit- und Begegnungsangebote auch als politische Aufgabe verstanden werden.

Mentale Gesundheit ist ein politisches Handlungsfeld, von Kindheit bis ins Alter. Die Einsamkeit vieler älterer Menschen ist hier die drängendste, strukturelle Herausforderung, nicht zuletzt auch aufgrund der Wechselwirkung von körperlicher und mentaler Gesundheit. Einsamkeit ist oftmals die Schattenseite des Wunsches, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben oder des herkömmlichen Pflegeheimbetriebs. Ihre Relevanz steigt mit der Lebenserwartung der Bevölkerung. Wohn- und Betreuungsformen, die Gemeinschaft, Sicherheit und soziale Verbundenheit fördern, werden daher immer notwendiger.

Politik hat also die Möglichkeit und Verantwortung, mentale Gesundheit zu stärken und Problemen vorzubeugen. Dort, wo es zum Vorbeugen zu spät ist, steht die Gesundheitsversorgung vor der Herausforderung steigender Nachfrage, fehlender Ressourcen, für Betroffene unübersichtlicher oder örtlich schwer erreichbarer Strukturen. Das bezeugen etwa die Wartelisten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die übermäßige Auslastung niedergelassener Psychiater:innen oder die Wartezeiten in der psychologischen Diagnostik.

Es ist eine politische Aufgabe, nicht nur ressortübergreifend, sondern insbesondere auch über Gebietskörperschaften und Träger hinweg an einem Strang zu ziehen. Es muss gelingen, die für die Bevölkerung oftmals schwer nachvollziehbaren widerstreitenden Interessen staatlicher Akteure dem

gemeinsamen Interesse an einer wirksamen, effizienten psychischen Gesundheitsversorgung unterzuordnen.

Hohe Wirksamkeit bedeutet nicht zwangsläufig großen Aufwand. Niederschwellige Einstiegsmöglichkeiten etwa durch Online-Tools haben sich in anderen Ländern bewährt und eine gute Orientierung im System ist zudem oft der halbe Weg zur Besserung. Bestehende Strukturen können mit gesteigertem Augenmerk auf mentale Gesundheit mächtige Beiträge zu Prävention und Versorgung leisten.

Wenn die Politik ihre Verantwortung und ihre Gestaltungsmöglichkeiten für die psychische Gesundheit strategisch und vernetzt wahrnimmt, kann sie einen entscheidenden Beitrag leisten. Wachsende und latent ungelöste Probleme, die Komplexität vieler dieser Fragestellungen und damit auch ihrer Lösungen ergeben die Dringlichkeit dieser politischen Herausforderung und einer entschlossen vorangetriebenen Verbesserung.

Dazu muss der Stellenwert psychischer Gesundheit gleichwertig mit jener körperlichen Gesundheit sein. Oberösterreich hat eine starke Infrastruktur, eine lebendige Gesellschaft, die zusammenhält, und engagierte Kräfte in allen Bereichen – nutzen wir dies strategisch, um kleine und große, strukturelle und individuelle Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. So wird der Rahmen für psychische Gesundheit und damit ein gutes Leben in Oberösterreich nachhaltig gestärkt.

Linz, am 09.03.2026

(Anm.: NEOS-Fraktion)
Eypeltauer, Bammer